



### Presseschau vom 17.05.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

#### abends/nachts:

telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie schon mitgeteilt wurde, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine heute um 14:55 Uhr das Feuer mit Mörsern des Kalibers 120mm und 82mm eröffnet.

Unter Beschuss geriet ein **Bus mit der Arbeitsschicht der Donezker Filterstation**, der zu diesem Zeitpunkt auf der Straße N-20 nach Jasinowataja fuhr. Inzwischen hat der Bus mit den Mitarbeitern der DFS den Ort des Geschehens verlassen zum Glück wurde niemand verletzt.

#### de.sputniknews.com: **Iranisches Öl erreicht China – trotz US-Sanktionen**

Ein Öltanker mit Heizöl an Bord aus dem Iran hat seine Fracht laut Reuters trotz der US-Sanktionen im Hafenterminal des chinesischen Zhōushān gelöscht.

An Bord des Schiffes „Marshal Z“ befanden sich 130.000 Tonnen Heizöl. Die Öl-Beförderung nach China dauerte vier Monate und erfolgte mit Einsatz von vier verschiedenen Schiffen.

Der Export von Öl und Ölprodukten aus dem Iran ist im Rahmen der Sanktionen, die von Washington im vorigen Jahr nach dem Austritt des Landes aus dem sechseitigen Atom-Deal verhängt worden waren, verboten.

Am 6. Mai war von den Absichten Teherans berichtet worden, Öl ins Ausland über den „grauen“ Markt zu verkaufen. Die Behörden der Islamischen Republik haben diesen Schritt als Zwangsmaßnahme als Antwort auf „ungerechte und rechtswidrige“ Einschränkungen bezeichnet.

Danach hatten die USA vor möglichen Attacken des Irans gegen Handelsschiffe anderer

Länder gewarnt. Saudi-Arabien meldete die Beschädigung zweier seiner Tanker im Golf von Oman.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32483/27/324832714.jpg>

### wpered.su: **Vertreter von „Nadeshda Donbassa“ und „Nadeshda Rossii“ halfen einem kranken Kind**

Am 16. Mai übergab die erste Sekretärin des Stadtkomitees der KP der DVR, die Leiterin der Donezker Abteilung der Frauenorganisation „Nadeshda Donbassa“ Nadeshda Retinskaja Geld an die Eltern eines kranken Kindes, das für die Rehabilitation vorgesehen ist“, teilt ein Korrespondent der Seite „Wperjod“ mit.

Ende April wurde der sechs Monate alte Artjom Kuprij mit der Diagnose Hydrozephalie in eine Moskauer Krankenhaus eingeliefert, wo er operiert wurde. Artjom ist das zweite Kind einer Arbeiterfamilie. Während der Beschießungen wurde ihr Haus in Ilowajsk stark beschädigt. Nach seinem Wiederaufbau hatte die Familie keine Mittel mehr, um mit dem neuen Problem zurecht zu kommen. Verwandte und Vertreter verschiedener Freiwilligenorganisationen halfen 375.000 Rubel für die Operation Artjoms zu sammeln. Aber nicht wenig Geld ist für den Jungen für die weitere Rehabilitation und den Kauf teurer Medikamente notwendig, deshalb haben Vertreter der Donezker Abteilung von „Nadeshda Donbassa“ und der Moskauer Abteilung der allrussischen gesellschaftlichen Bewegung „Allrussischer Frauenverband – Nadeshda Rossii“ auf die Bitte um Hilfe reagiert.

### **vormittags:**

### de.sputniknews.com: **USA verhängen Sanktionen gegen russische Spezialeinheit – Botschaft kommentiert**

Die US-Sanktionen gegen die russische Spezialeinheit „Terek“ verhindern die Kooperation im Anti-Terror-Kampf. Das folgt aus einer Erklärung der russischen Botschaft in Washington am Freitag.

„Die Sanktionen gegen die Spezialeinsatzkräfte ‚Terek‘ aus der russischen Nordkaukasus-Teilrepublik Tschetschenien widerspiegeln die Absicht, entweder ihre Kooperation im internationalen Kampf gegen den Terrorismus zu stören, oder widerspiegeln die Angst, dass die Einheit in der Arktis agieren könnte“, heißt es.

Zuvor hatten das Pentagon und das US-Außenministerium erklärt, Russland baue seine Militärpräsenz in der Arktis aus, der man ihrer Meinung nach den US-Einfluss gegenüberstellen müsse.

Die USA hatten unlängst Einschränkungen gegen die Spezialeinheit „Terek“ und fünf

russische Bürger verhängt, darunter auch „Terek“-Kommandeur Abusaid Wismuradow, zwei Untersuchungsführer im Fall Sergej Magnitski – Gennadi Karlow und Jelena Trikuli. Die USA hatten im Dezember 2012 den „Magnitzki-Akt“ angenommen, der Sanktionen gegen russische Staatsbürger vorsieht, welche nach Ansicht der US-Behörden Verstöße gegen die Menschenrechte begangen haben sollen. Die russischen Behörden verwiesen ihrerseits auf die Unzulässigkeit einer Politisierung des „Falls Magnitski“.

Der Mitarbeiter des großen Investmentfonds Hermitage Capital Management Sergej Magnitski, dem russische Justizorgane Verletzungen von Steuergesetzen zur Last gelegt hatten, starb im November 2009 in der Moskauer U-Haftanstalt Matrosskaja Tischina, wo er rund ein Jahr verbracht hatte. Sein Tod löste sowohl in Russland als auch im Ausland ein starkes Echo aus.

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden viermal das „Regime der Ruhe“ im Verantwortungsbereich der LVR verletzt, teilte die Vertretung der LVR im GZKK mit..

Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo, Frunse und Shelobok**.  
Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: **Trotz US-Vorgehens: Maduro befiehlt verstärken Schutz der Ex-US-Botschaft in Caracas**

Trotz des Vorgehens der amerikanischen Polizei gegen Aktivisten in der venezolanischen Botschaft in Washington hat Venezuelas Präsident Nicolás Maduro angeordnet, das Gebäude der ehemaligen US-Botschaft in Caracas in verstärkten Schutz zu nehmen.

„Ich befehle, die polizeiliche Bewachung des Gebäudes der ehemaligen US-Botschaft, das der US-Regierung gehört, zu verstärken. Wir werden es in Schutz nehmen, da Venezuela Abkommen und das Völkerrecht einhält. Die Täter befinden sich im Weißen Haus“, erklärte Maduro.

„Das ist ein Wachstum von Hass, von Aktivitäten der Banditen und Extremisten, die (den US-Präsidenten Donald) Trump umgeben und ihm gesetzwidrige Ratschläge geben, da Trump das Völkerrecht nicht kennt und ständig dagegen verstößt“, so Maduro.

Am Donnerstag hatte die US-Polizei die venezolanische Botschaft in Washington trotz des Widerstands von Aktivisten, die die diplomatische Mission des Präsidenten Nicolás Maduro vor Oppositionsanhängern schützten und auf den unantastbaren Status der Botschaft bestehen, betreten. Die restlichen vier Aktivisten wurden laut der Antikriegsgruppe Codepink dabei festgenommen.

Das Gebäude der diplomatischen Niederlassung Venezuelas in Washington war seit mehr als einem Monat von Dutzenden Aktivisten besetzt. Die meisten von ihnen waren US-Bürger. Mit ihrer Aktion wollten die Maduro-Anhänger verhindern, dass Vertreter der Regierung des Oppositionschefs und selbsternannten Präsidenten Venezuelas, Juan Guaidó, das Gebäude in Besitz nehmen.

Ende Januar hatte Washington beschlossen, alle nicht dringend benötigten US-Diplomaten aus Venezuela abzuziehen.

Anfang März hatte der venezolanische Präsident Nicolás Maduro den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den USA angekündigt und die US-amerikanischen Diplomaten aufgefordert, das Land innerhalb von 72 Stunden zu verlassen. US-Außenminister Mike Pompeo hatte diese Forderung jedoch abgelehnt und zudem erklärt, Maduro habe nicht die nötigen Befugnisse, um solche Entscheidungen zu treffen. ...



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32498/27/324982739.jpg>

### **Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 16. Mai 3:00 Uhr bis 16. Mai 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 13. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Donezk (Siedlung des Bergwerks „Oktjabrskij Rudnik“), Donezker Flughafen (Terminal), Wasiljewka, Krutaja Balka, Spartak, Alexandrowka, Luganskoje.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurde im Ergebnis von Beschuss seitens der BFU auf Donezk-Sewernyj in einer Vorstadt von Jasinowataja das Dach eines Wohnhauses in der Priwosalnaja-Straße 20 beschädigt.

Außerdem haben die BFU mit Mörsern der Kaliber 120 und 82mm einen Bus mit der Arbeitsschicht der Donezker Filterstation, der aus Richtung DFS in Richtung Jasinowataja auf der Straße N-20 fuhr, beschossen.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bisher nicht festgestellt.

**Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 314.**

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 201.

Ab 01:01 Uhr am 8. März 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung, der „Frühlings“-waffenstillstand in Kraft.

### **de.sputniknews.com: Noch mehr Su-57-Jets für russische Armee: Kremlsprecher gibt Auskunft**

Kostensenkung und Umverteilung der Mittel werden es ermöglichen, 76 Su-57 Kampffjets der 5. Generation anstelle der zuvor geplanten 16 Exemplare für die russischen Streitkräfte zu kaufen. Dies hat der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, gegenüber Journalisten mitgeteilt.

„Der Punkt ist, dass es ohne Aufstockung der vom Kostenplan zum Kauf der neuen Technik

vorgesehenen Mittel (gehen soll – Anm. d. Red.), also durch die Umverteilung und die Kostensenkung, d.h. durch die Steigerung der Produktionseffizienz. Hier geht es nicht um eine einfache mathematische Formel ... Es handelt sich darum, dass der Kostenplan des Ministeriums, das Beschaffungsbudget insgesamt, nicht erhöht wird, aber es sind bestimmte interne Umverteilungen natürlich möglich und denkbar“, so Peskow. Damit beantwortete er die Frage eines Journalisten, wie die Flugzeugkosten um 20 Prozent gesenkt und 76 Maschinen anstatt 16 Exemplare gekauft werden könnten.

Auf eine klärende Frage, wie denn der Kauf einer größeren Menge von Flugzeugen sichergestellt werden könne, antwortete der Kremlsprecher, dass dies bekannt sei, jedoch sei es ein Thema in den Sitzungen zu Verteidigungsfragen, die nicht öffentlich abgehalten würden.

Zuvor hatte am Mittwoch Russlands Präsident Wladimir Putin erklärt, dass die russischen Luft- und Weltraumstreitkräfte (WKS) in naher Zukunft 76 hochentwickelte Su-57-Kampffjets bekommen sollen.

Das für den Zeitraum bis 2027 ausgelegte Rüstungsprogramm sah den Kauf von 16 solchen Flugzeugen vor. Laut Putin sind die Kosten für Flugzeuge und Waffen infolge der jüngsten Arbeiten faktisch um 20 Prozent gesunken.

Bei der Su-57 (vormals PAK FA) handelt es sich um den russischen Tarnkappen-Jet der fünften Generation, der für die Zerstörung von Luft-, Boden- und Überwasserzielen aller Art bestimmt ist.

Die Kombination aus extrem hoher Manövrierfähigkeit, Überschallgeschwindigkeit, modernster Bordtechnik und Tarnkappen-Technologie ermöglicht der Su-57 starke Konkurrenzvorteile gegenüber ausländischen Analoga. Seinen Jungfernflug absolvierte der Jet im Jahr 2010.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32486/96/324869659.jpg>

Lug-info.com: Heute Morgen um 7:45 Uhr haben die ukrainischen Streitkräfte das Feuer auf **Perwomajsk** und die Umgebung der Stadt eröffnet. Sergej Iwanowitsch Wafin, geb. 1962 wurde verletzt, als er zur Arbeit in eines der Werke der Stadt ging, teilt die Stadtverwaltung von Perwomajsk mit.

Der Verletzte wurde ins zentrale Stadtkrankenhaus von Perwomajsk gebracht, aber weil dort der Strom wegen des Beschusses ausfiel, wurde der Mann in ein Krankenhaus nach Stachanow gebracht.

Um 8:35 Uhr war die Stromversorgung des Krankenhauses wieder in Betrieb.

de.sputniknews.com: **Nato-Luftangriff tötet acht afghanische Polizisten**

Bei einem Luftangriff der Nato-Afghanistan-Mission „Resolute Support“ (RS) sind in der

Südprovinz Helmand mindestens acht afghanische Polizisten getötet worden, berichtet die dpa mit Verweis auf den Sprecher des Provinzgouverneurs, Omar Swak.

Wie Swak am Freitag weiter mitteilte, seien mindestens zehn weitere Beamte bei dem Vorfall entlang der Straße zwischen Helmand und Kandahar verletzt worden.

Die Nato-Luftwaffe habe zu dem Zeitpunkt die radikalislamischen Taliban in der Gegend attackieren wollen. Es sei daher im Moment unklar, wie es zu dem Zwischenfall kommen konnte. Dies werde noch untersucht.

In Afghanistan fallen Zivilisten und Angehörige der Streitkräfte häufig unkoordinierten Luftschlägen und fehlerhaften Informationen der Nachrichtendienste zum Opfer.

Während der Gespräche zwischen der US-Regierung und den Islamisten für eine politische Lösung des andauernden Konflikts greifen afghanische und internationale Truppen immer wieder die Taliban an.

Die Taliban attackieren ihrerseits fast täglich afghanische und internationale Truppen und deren Einrichtungen.

### **Mil-Inr.info: Dringende Mitteilung des Leiters des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij**

Die ukrainischen Terroristen haben wortbrüchig von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen gegen die Zivilbevölkerung der LVR eingesetzt.

Heute um 8 Uhr morgens haben ukrainische Straftruppen zielgerichtet das Feuer mit 120mm-Mörsern auf **Perwomajsk** eröffnet, im Ergebnis wurde der zivile **Einwohner Sergej Iwanowitsch Wafin, geb. 1962, mittelschwer verletzt**. Der Verletzte wurde ärztlich behandelt. Außerdem wurde infolge feindlichen Beschusses eine **Stromleitung in der Potjomkin-Straße 39** beschädigt, 1620 Verbraucher haben keinen Strom.

Nach vorläufigen Informationen wurde aus dem Gebiet von Solotoje-4 von den Positionen der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte, deren Kommandeur der Kriegsverbrecher Majstrenko ist, geschossen.

Ein weiteres Mal wenden wir uns an die internationale Gemeinschaft, dass internationale Beobachter harten Druck auf die Kiewer Regierung ausüben. Infolge der ukrainischen Aggression leiden weiterhin völlig unschuldige friedliche Bürger.

Außerdem rufen wir die internationalen Beobachter auf, die begangenen Verbrechen festzuhalten und eine sorgfältige Ermittlung durchzuführen.

### **de.sputniknews.com: Abschluss von Bauarbeiten: Nord Stream 2 AG schließt Terminverlegung nicht aus – wieso?**

Die Bauarbeiten von Nord Stream 2 können später als erwartet abgeschlossen werden, geht es aus einem Beitrag des Betreibers hervor. Ursprünglich plante die Nord Stream 2 AG, den Bau zweier Pipelinestränge Ende 2019 fertigzustellen.

Die Fristen für den Abschluss der Bauarbeiten können demnach geändert werden, falls Dänemark den Routenwechsel fordern sollte. In diesem Fall wird der Bau von Nord Stream 2 in der zweiten Hälfte 2020 abgeschlossen, heißt es im Bericht der Nord Stream 2 AG zu dem Antrag, der bei der Dänischen Energieagentur eingereicht wurde.

„Die Genehmigungen wurden in Schweden, Deutschland, Finnland und Russland erteilt. Die Vorbereitungsarbeiten an Land und im Meer starteten 2018 in allen vier obengenannten Ländern, und die Rohrverlegung ist nun in den deutschen, schwedischen und finnischen Gewässern im Gange“, heißt es im Bericht.

„Es wird geplant, dass das Pipelinesystem in der zweiten Hälfte 2020 abgeschlossen und zum Gastransport bereit sein wird.“

Am 19. Juni findet in Dänemark eine öffentliche Anhörung für die dritte Route von Nord Stream 2 statt.

Am 15. April hatte die Nord Stream 2 AG in Dänemark einen Antrag zum Erhalt der Baugenehmigung für die neue Route durch dänische Gewässer eingereicht. Zwei Jahre nach der Einreichung des ersten Antrags geht es bereits um den dritten Genehmigungsantrag. Dieser bezieht sich auf eine Route durch die dänische ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) in den Gewässern südlich von der Insel Bornholm. Die dänischen Behörden selbst sollen im März das Unternehmen darum gebeten haben, gerade diese Option in Erwägung zu ziehen. Im April äußerte sich das Unternehmen dazu so: „Die Forderung nach einer dritten Routenoption, trotz der vorliegenden zwei vollständig bearbeiteten und genehmigungsfähigen Anträge, kann nur als bewusster Versuch angesehen werden, die Fertigstellung des Projekts zu verzögern.“ ...



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32370/50/323705058.jpg>

### de.sputniknews.com: **Moskau und Caracas leiten Verhandlungen über Verrechnungen in Rubel ein**

Venezuela und Russland erörtern zurzeit laut dem venezolanischen Botschafter bei den Vereinten Nationen in Genf, Jorge Valero, einen Übergang zu Rubel-Verrechnungen im Handel.

„Jetzt versuchen wir, unsere Handelsgeschäfte in anderen Währungen, darunter auch in der von uns ins Leben gerufenen Kryptowährung ‚Pedro‘, abzuwickeln“, sagte der Diplomat. Zudem bittet Venezuela ihm zufolge Russland, bei der Restrukturierung der Außenschulden des Landes gegenüber anderen Staaten zu helfen.

„Wir haben immer Unterstützung seitens Russlands. Unsere Beziehungen weiten sich auf mehrere Bereiche aus“, sagte Valero in Beantwortung der Frage, ob Caracas Russland um Hilfe bitten werde.

Ferner erinnerte der Botschafter daran, dass sich die US-Sanktionen gegen Venezuela sowie die Sperrung der Dollar- und Eurokonten negativ auf die venezolanische Wirtschaft ausgewirkt hätten.

Dadurch sei es für Caracas schwieriger geworden, einen Zugang zur internationalen Finanzierung und zu Ölinvestitionen zu erhalten. Es gebe auch Probleme bei der Restrukturierung der Außenschulden.

Venezuela erlebt bereits seit längerem eine Wirtschaftskrise, die durch die verhängten Finanz- und Wirtschaftssanktionen gegen das Land noch verschärft wird.

Am Samstag wurde mitgeteilt, dass die USA ihre Strafmaßnahmen gegen Venezuela ausgeweitet hätten. Nun stünden zwei weitere mit der Schifffahrt verbundene Unternehmen sowie zwei Schiffe auf der Sanktionsliste.

Am 26. April hatte Washington den venezolanischen Außenminister auf die Sanktionsliste gesetzt. Am 17. April hatten die USA die Sanktionen gegen die venezolanische Zentralbank

verhängt. Am 5. April hatte Washington seine Sanktionsliste ausgeweitet und zwei Ölonternehmen auf diese Liste gesetzt.

### **nachmittags:**

#### **ukrinform.ua: Europarat: Russland darf neuen Generalsekretär wählen**

Das Ministerkomitee des Europarates hat sich dafür ausgesprochen, dass alle Mitgliedsstaaten, inklusive Russland, an der Tätigkeit der Organisation, darunter an der Parlamentarischen Versammlung und an der Wahl des nächsten Generalsekretärs im Juni teilnehmen dürfen.

Damit öffneten Außenminister der Mitgliedstaaten bei einem Treffen am Freitag in Helsinki den Weg für eine Rückkehr Russlands in die Parlamentarische Versammlung des Europarats. 2014 wurde der russischen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung das Stimmrecht wegen der Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim entzogen. Russland stellte danach im Juni 2017 Beitragszahlungen ein.

Der Außenminister der Ukraine Pawlo Klimkin erklärte zuvor, dass die Aufhebung der Sanktionen des Europarates gegen Russland durch die Ukraine als Grund für den Verzicht auf die Vereinbarungen von Minsk betrachtet werden könnte.

#### **de.sputniknews.com: Unterschriftenschriftenaktion: „Kein Krieg gegen Iran - Verhandeln statt eskalieren!“**

Das Netzwerk Friedenskooperative hat die Unterschriftensammlung „Kein Krieg gegen Iran - Verhandeln statt eskalieren!“ gestartet. Der Appell des Dachverbands von Friedens- und Menschenrechtsgruppen richtet sich an den Bundestag und fordert Gespräche, statt Kriegsdrohungen. Das Nuklearabkommen mit Iran müsse weiterhin Bestand haben.

In der Petition „Kein Krieg gegen Iran - Verhandeln statt eskalieren!“ stellt das Netzwerk Friedenskooperative drei Forderungen an die Bundesregierung und den Bundestag:

- Treten Sie aktiv für eine zivile Lösung ein und wenden Sie sich gegen jegliche Eskalation und Aggression im US-Iran-Konflikt.
  - Schließen Sie jede deutsche Unterstützung für einen Krieg gegen Iran und erst recht eine deutsche Beteiligung daran unmissverständlich und grundsätzlich aus. Auch von US-Stützpunkten in Deutschland, wie z.B. von der Air Base Ramstein oder dem EUCOM in Stuttgart, darf kein Krieg ausgehen.
  - Setzen Sie sich dafür ein, insbesondere mit Hilfe der europäischen Partner, dass das Nuklearabkommen mit Iran erhalten bleibt und wieder von allen Seiten anerkannt und weitergeführt wird. Dafür muss das Angebot der Beendigung der Sanktionen gegen Iran gemacht werden. Notfalls muss das Abkommen auch ohne die USA fortgesetzt werden.
- Philipp Ingenleuf und Marvin Mendyka warnen in dem Aufruf:

„Das Säbelrasseln ist im vollen Gange und birgt auch die Gefahr eines Konflikts ‚aus Versehen‘. Ein Krieg würde verheerende Folgen haben und unzählige Menschenleben kosten, dies muss verhindert werden!“

Um einen möglichen Krieg abzuwenden, bräuchte es nun Gespräche, bei denen Deutschland eine wichtige und entscheidende Rolle spielen könnte. Bisher (Stand 17.05.) haben über 1500 Personen den Aufruf unterschrieben.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32498/48/324984850.jpg>

**Armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 11. bis 17. Mai 2019**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **13-mal das Regime der Feueinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von neun Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Donezk** wurden von den Banditen aus der 57. Brigade unter Kommando von Mischantschuk **Spartak, Oktjabrskij** und das **Gelände des Flughafens von Donezk** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. Söldner aus der 93. Brigade Bryshinskijs beschossen die Gebiete von **Jasinowataja, Jakowlewka, Krutaja Balka und Wasiljewka** mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen. Die Strafsoldaten aus der 24. mechanisierten Brigade unter Führung des Kriegsverbrechers Guds haben die Gebiete von **Luganskoje und Alexandrowka** mit 120mm-Mörsern beschossen. Insgesamt wurden **in der letzten Woche 103 Beschießungen auf die Gebiete von 28 Ortschaften** der Republik festgestellt, wobei 120mm- und 82mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer, großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet wurden.

Durch Beschuss von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden neun Häuser beschädigt sowie eine Stromleitung im Petrowskij-Bezirk von Donezk. Außerdem haben ukrainische Kämpfer mehrfach das Territorium der Wasiljewker Pumpstation beschädigt. Insgesamt hat der Gegner **in der letzten Woche 220 Mörsergeschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert, darunter 141 des Kalibers 120mm.**

Alle Informationen wurden mit Foto- und Videomaterialien an Vertreter von internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, geschickt sowie an die Generalstaatsanwaltschaft zur Aufnahme von Strafverfahren übergeben.

Die Beschießungen der ukrainischen bewaffneten Formationen blieben nicht unbestraft. Durch erwidertes Feuer unserer Verteidiger mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen betrogen die **Verluste des Gegners in der letzten Woche 9 getötete ukrainische Kämpfer, elf wurden verletzt**. Am größten sind die Verluste in der 79.

Luftsturbrigade, wo es vier Tote und fünf Verletzte gibt, und in der 35. Marineinfanteriebrigade mit drei Toten und vier Verletzten.

**Den von Najew begonnenen Kampf gegen Drohnen der OSZE hat der neue Kommandeur der OOS Syrskij fortgesetzt.** Auf seine Anweisung setzt eine mobile Gruppe der elektronischen Kriegführung in Richtung Donezk ihre Arbeit fort, um in der Nähe der Kontaktlinie stationierte schwere Waffen vor den internationalen Beobachtern zu verbergen.

Eingetroffene Spezialisten aus dem 502. Bataillon für elektronische Kriegführung haben die Aufgabe, die Leitsignale der Drohnen der OSZE-Mission zu unterdrücken. Die genannte Information wird auch in den täglichen Berichten der OSZE-Mission bestätigt, in denen davon die Rede ist, dass die ukrainischen Kämpfer dreimal Leitungskanäle von OSZE-Drohnen blockiert haben, darunter von einer Langstreckendrohne in der Nähe von Stepanowka.

Im Zusammenhang damit konnten die Beobachter der Mission das Monitoring des Territoriums in der Nähe der Kontaktlinie im Hinblick auf die Stationierung verbotener Waffen nicht in vollem Umfang durchführen.

Dennoch haben Vertreter der OSZE-Mission beim Monitoring **schwere Waffen der ukrainischen Streitkräfte, die in Verletzung der Abzugslinie stationiert sind**, entdeckt: 18 220mm-Mehrfachraketenwerfer „Uragan“, 8 122mm-Mehrfachraketenwerfer „Grad und ein 152mm-Artilleriegeschütze „Akazija“.

**Der Gegner erleidet weiter nicht kampfbedingte Verluste infolge der geringen militärischen Disziplin.** Nach Angaben des militärischen Rechtsordnungsdienstes wurden allein im Verantwortungsbereich der 79. Brigade in der letzten Woche mehr als 20 Fälle von Rechtsverletzungen festgestellt.

Außerdem sind acht Fälle von Überschreitungen der dienstlichen Vollmachten festzustellen, die schwere Gesundheitsschäden bei Untergebenen nach sich gezogen haben, allem Anschein nach sind das die Fälle, in denen sich das Personal geweigert hat, verbrecherische Befehle seiner Kommandeure auszuführen. Eines dieser letzten Beispiele ist Leutnant Belekolos, der vom Bataillonskommandeure verprügelt wurde, nachdem der Leutnant über die Weigerung des Personals berichtet hatte, Aufgaben durchzuführen, weil die Rotation bereits seit langer Zeit verschoben wurde. Auf Anweisung des Kommandeurs der 79. Brigade werden gegen Leutnant Belokolos und die ihm unterstellten Verweigerer Strafverfahren vorbereitet.

**Die ukrainischen Kämpfer terrorisieren weiter die Zivilbevölkerung** auf dem zeitweilig von der Ukraine besetzten Territorium. In der Zone der Besatzungskräfte blühen Plünderung und Raub an friedlichen Bürgern aktiv. Weiter als die übrigen ging die unrühmlich bekannte 35. Marineinfanteriebrigade unter Leitung des Kriegsverbrechers Palas. Diese Ansammlung von Nazisten und weiterem Abschaum befindet sich zum ersten Mal in der Kampfzone, aber bezüglich der Zahl der Verbrechen hat sie die übrigen Brigaden der ukrainischen Streitkräfte übertroffen.

Nach uns vorliegenden Informationen haben Kämpfer des 18. Bataillons der 35. Brigade gewaltsam Wohnhäuser in Nikolajewka und Nowognatowka eingenommen. Dabei haben sich die Banditen nicht nur in von den Besitzern verlassenen Häusern einquartiert, sondern in Wohnungen, in denen friedliche Bürger wohnten. Die Bewohner wurden mit der Tatsache konfrontiert: entweder müssen sie die „Einquartierungen“ ertragen und die Rolle von Dienstpersonal ausfüllen oder ihre Häuser verlassen. Dabei liegt die Bezahlung der kommunalen Gebühren bei den Besitzern. Die Summe der Rückstände für Strom, der von den Kämpfern verbraucht wurde, beträgt allein in den Häusern der Friedensstraße in Nikolajewka mehr als 75.000 Griwna. Örtliche Einwohner beschwerten sich bei der Polizei und der Verwaltung über die Besatzer, aber weder die Rechtsschützer noch die Behörden riskieren es, sich mit den Kämpfern der 35. Brigade anzulegen.

Im Gebiet von Dsershinsk gehen die Razzien zur Suche nach den Kämpfern des 24. Bataillons „Ajdar“ weiter, die an Verbrechen gegen friedliche Einwohner beteiligt waren.

Nach uns vorliegenden Informationen hat am 11. Mai eine Gruppe maßlos betrunkenen Nationalisten von „Ajdar“ müßig Zeit in einer der Vergnügungseinrichtungen von Dsershinsk verbracht. An ihre Straflosigkeit gewöhnt, begannen die Kämpfer eine Besucherin zu belästigen. Der mit ihr gekommene Mann versuchte die betrunkenen Kämpfer zu beruhigen, weswegen er von ihnen eine Kugel erhielt. Der Verletzte erwies sich als ein örtlicher Journalist, er wurde mit einer Schussverletzung am Bein in eine medizinische Einrichtung

eingeliefert, wo er behandelt wurde. Nach dem Geschehen flohen die Kämpfer. Trotz des Verbots des Kommandeurs der Besatzungskräfte, Freiwillige in die Einheiten an der vordersten Linie zu lassen, war der Kommandeur des 1. Bataillons der 79. Brigade Garbar aufgrund des ernststen Mangels an Lebensmitteln in seiner Einheit gezwungen, sich an Freiwillige um Hilfe zu wenden und die Lieferung von Lebensmitteln an die Front zu organisieren. Infolge der nicht abgestimmten Handlungen und auch wegen des Fehlens von Warnzeichen über Minengefahr gerieten ein Freiwilliger, der Lebensmittel lieferte, und zwei Soldaten der 79. Brigade, die ihn begleiteten, auf ein Minenfeld. Ein Soldat starb vor Ort, der Freiwillige und ein weiterer Soldat wurden mittelschwer verletzt.

Nach Informationen von Freiwilligenorganisationen bemüht sich das Kommando der 79. Brigade diese Tatsache zu verheimlichen, und deshalb kamen die Verletzten nicht in ein Militärhospital, sondern in das städtische Notfallkrankenhaus von Mariupol.

**In der letzten Woche haben in den Einheiten der Volksmiliz planmäßige Übungen zur Ausbildung von Kommunikationsspezialisten auf Truppenübungsplätzen stattgefunden,** bei denen das Personal Normative erarbeitete und seine Fertigkeiten bei der Arbeit mit Kommunikationsmitteln vervollkommnete.

Die Volksmiliz leistet weiter allseitige **Hilfe an Einwohner der Republik**, die unter der Aggression der ukrainischen Kämpfer leiden. Unsere Verteidiger haben gemeinsam mit der humanitären Gruppe „Angel“ Aktionen zur Ausgabe von Paketen mit den notwendigsten Lebensmitteln an Einwohner von Molotschnyj und Kominternowo durchgeführt.

de.sputniknews.com: **EU verlängert Sanktionen gegen Syrien**

Die EU hat ihre Sanktionen gegen Syrien um ein Jahr verlängert, wie der EU-Rat am Freitag mitteilte.

„Im Einklang mit der EU-Strategie in Bezug auf Syrien hat die EU beschlossen, die restriktiven Maßnahmen gegen das syrische Regime und seine Anhänger mit Rücksicht auf weitere Repressionen gegen die Zivilbevölkerung aufrechtzuerhalten“, heißt es in der offiziellen Mitteilung.

Die EU strich dabei fünf mittlerweile verstorbene Personen von der Sanktionsliste, ebenso wie ein Unternehmen, das nicht mehr existiert. Derzeit umfasst die Liste 270 Personen und 70 Organisationen. Für sie gelten Kontensperren und Einreiseverbote in die EU.

Die Sanktionen laufen bis 1. Juni 2020

de.sputniknews.com: **Beste PR für Abwehrsysteme aus Russland: USA drohen Iran mit „500 Raketen pro Tag“**

*Iwan Danilow*

Die Berater rund um Trump steuern geradewegs auf einen Krieg zu: auf den Krieg gegen Iran, ihr großes außenpolitisches Ziel. Medien in den USA bringen Insiderberichte darüber, wie die Washingtoner Falken diesen Krieg gewinnen wollen. Die Pläne der US-Hardliner dürften eine Hochkonjunktur in der russischen Rüstungswirtschaft auslösen.

Aus der Geschichte haben die Radikalen im Trump-Kabinett offenbar gar nichts gelernt. Diesen Eindruck bekommt man, liest man in der „New York Times“ und im „Newsweek“ von deren Plänen. Viele im Weißen Haus glauben doch tatsächlich an die Möglichkeit, einen blitzschnellen Krieg gegen den Iran fast ohne Verluste zu gewinnen. Die Hardliner wollen das erwünschte Kriegsergebnis nicht einfach nur schnell, sondern buchstäblich binnen weniger Tage erreichen können.

Logische Erklärungen für diesen übermäßigen Optimismus gibt es zwei. Entweder: Die Anhänger einer Gewaltoption in der Iran-Sache sind überzeugt, Teheran sei so schwach, dass ein Schlag genügen würde, um seine Kapitulation zu erzwingen. Danach würde die iranische Führung sich nicht mehr an der Macht halten können. Oder (das ist die schlüssigere Erklärung): Die Anhänger der Gewaltoption sind sich dessen bewusst, dass es keinen

Blitzkrieg geben kann, doch müssen sie Trump um jeden Preis dazu bringen, einen Krieg anzufangen. Also lügen sie eine „Leichtigkeit“ und „Schnelligkeit“ des Krieges vor. Unverkennbar ist, dass das US-typische Vorkriegsschema gegenwärtig nicht wirkt. Normalerweise wäre im Vorfeld eines Krieges eine Hysterie aufgeblasen worden – mit Verweis auf „nachrichtendienstliche Informationen“, wonach vom künftigen Opfer der US-Aggression eine Bedrohung ausgehe. Doch bei allen Bemühungen der US-Medien und -Geheimdienstexperten sagen selbst Verbündete der Vereinigten Staaten (jene, die ihnen in Serbien, Libyen und im Irak bereitwillig halfen), dass Informationen über eine iranische Bedrohung durch nichts zu belegen sind.

Wenn selbst „The Guardian“ mit Verweis auf einen Anti-IS-Experten die Vorbereitungen Washingtons auf einen Iran-Krieg kritisiert, dann läuft es an der Informationsfront für die Amerikaner offensichtlich ganz und gar nicht so wie erwünscht. Die Bedrohung vonseiten iranischer Kräfte in Irak oder Syrien werde nicht größer, erklärte ein hochrangiger britischer General aus der US-geführten Anti-IS-Koalition laut der Zeitung. „Das steht im direkten Widerspruch zu den Behauptungen der USA, die dafür genutzt werden, die Verstärkung der Militärmacht in der Region zu rechtfertigen“, so „The Guardian“.

Wie die Kapitulation Teherans in der Vorstellung der Falken erzwungen werden soll, beschreibt das „Newsweek“-Magazin: Unter den Optionen sei eine „mächtige Kampagne von Raketenschlägen“ – dies in der Absicht, Teheran an den Verhandlungstisch mit Washington zu drängen. „Wie stark der Iran sich auch gibt, wenn einer 500 Raketen pro Tag abbekommt, dann ist das ein großer Schaden für ihn, was ja auch das Ziel ist“, sagt ein mit den Plänen vertrauter Pentagon-Beamter laut „Newsweek“.

Dass das Weiße Haus eine Gewaltoption vorbereitet, sagen einem schon der Verstand und die Erfahrung der letzten 30 Jahre – auch wenn die „Newsweek“-Quellen behaupten, dass Washingtons Vorgehen (inklusive der Verlegung von 120.000 US-Soldaten an den Persischen Golf) kein Anzeichen eines anstehenden Krieges sei.

Auch die einflussreiche und meist gut informierte „New York Times“ schreibt, das Weiße Haus versuche bewusst und absichtlich, den Konflikt auf die Spitze zu treiben – bis hin zur Gewalt: Ein Beamter, der anonym bleiben wolle, habe erklärt, „neue nachrichtendienstliche Informationen über die wachsende Bedrohung vonseiten Irans rechtfertigen keine Kriegsplanung, die von [Sicherheitsberater des US-Präsidenten – Anm. d. A.] Bolton betrieben wird.“ Zudem: Den Iran in einen Waffenkonflikt mit den USA hineinzuziehen, sei das Endziel der Sanktionspolitik gewesen, die die Trump-Regierung übers letzte Jahr verfolgt habe, sagte der Beamte laut „New York Times“.

Jetzt könnte man annehmen, die Trump-Regierung sei in ihren Absichten von Öl-Interessen getrieben. Militäreinsätze gegen erdölexportierende Länder sind schließlich eine seit Jahrzehnten praktizierte Methode der Vereinigten Staaten. Doch in diesem konkreten Fall sind die Ursachen eher in der Politik zu suchen.

Es war nicht nur die Unzufriedenheit des amerikanischen Volkes mit der Wirtschaftspolitik Obamas, die Donald Trump zum Amt des Präsidenten verholfen hat. Es war auch die konkrete Verpflichtung, die Iran-Sache radikal zu lösen, die Trump vorher auf sich genommen hatte. Das Versprechen einer radikalen Lösung war maßgeblich dafür, dass Trump von der Rüstungslobby und anderen obskuren Größen des amerikanischen Machtbetriebs Unterstützung erhalten hat.

Offenbar ist es nun für Trump an der Zeit, die Rechnung zu begleichen. Und zwar ungeachtet dessen, dass ein Militäreinsatz gegen Iran schwere nicht nur wirtschaftliche, sondern auch militärische Probleme verursachen würde.

Ein unausweichlicher Anstieg der Ölpreise ist eines der zu erwartenden Probleme. Nicht nur, weil iranische Exporte dann zurückgehen würden – in Gefahr wäre dann auch die Schifffahrt im Persischen Golf. Und: Als asymmetrische Reaktion auf die US-Aggression könnten proiranische Kräfte die Ölinfrastruktur in Saudi-Arabien angreifen.

Vielleicht aber wird die Aussicht einer schweren Energiekrise kurz vor dem Wahlkampf die Trump-Regierung doch noch stoppen. Wenn Washington jedoch wirklich glaubt, die Iran-Sache schnell und allein durch Raketenschläge erledigen zu können, dann werden wohl auch wirtschaftliche Risiken bei diesem Kriegskalkül ausgeklammert.

Und noch etwas: Wie auch immer die Lage sich weiterentwickeln wird, schon jetzt müssten die russischen Hersteller von Flugabwehrsystemen der US-Regierung für die wirkungsvolle PR ihrer Wehrtechnik danken. Denn die Kriegsvorbereitungen gegen den Iran und die Reaktion Washingtons auf die Stationierung von S-300-Systemen in Venezuela vor Augen, denken sicherlich ganz viele Länder daran, sich so schnell wie möglich eine „russische Versicherung“ gegen die Exzesse der US-Außenpolitik zuzulegen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32498/54/324985436.jpg>

### **Mil-Inr.info: Pressekonferenz des Leiters des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij über Situation an der Kontaktlinie vom 11. bis 17. Mai 2019**

Guten Tag!

Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie und über die Ergebnisse der Tätigkeit der Einheiten der Volksmiliz der LVR in der letzten Woche.

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt angespannt. **In den letzten 24 Stunden hat der Gegner viermal das Regime der Feueinstellung verletzt.**

Dabei haben die ukrainischen Truppen Mörser des Kalibers 82mm, Granatwerfer und Schusswaffen eingesetzt.

**In der letzten Woche haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 47-mal das Regime der Feueinstellung verletzt.** Dabei hat der Gegner von den Minsker Vereinbarungen verbotene Mörser der Kaliber 120 und 82mm, Artillerie der Kaliber 122 und 152mm, Antipanzerlenkraketen, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer, 125mm-Panzerwaffen, großkalibrige und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden **mehr als 700 Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert.**

Von Seiten der ukrainischen Truppen wurden die Gebiete von **12 Ortschaften beschossen.**

Neben barbarischem Beschuss unserer Ortschaften haben die ukrainischen Truppen die Verwendung von **Drohnen zur Luftaufklärung und zur Feuerleitung** verstärkt. Besonders aktiv nutzen die ukrainischen Terroristen Drohnen im Gebiet der Positionen der 30. und 54.

Brigade der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe von Troizkoje, Nowoswanowka und Popasnaja zur Feuerleitung auf Kalinowo. Dank der fachkundigen und koordinierten Handlungen der Luftabwehreinheiten der Volksmiliz der LVR wurden **im April und Mai fünf Drohnen des Gegners des Typs „Phantom“ unschädlich gemacht**, drei davon wurden repariert und füllen den Beutetechnikpark der Volksmiliz auf.

Seit Anfang Mai beschießen die Kämpfer auf Befehl der Brigadekommandeure Garas und

Majstrenko täglich diese Ortschaft und verwenden dabei 152mm- und 122mm-Artilleriegeschütze, Panzer- und Schützenpanzerwaffen, 120- und 82mm-Mörser und Antipanzerlenkraketen. Durch hinterhältigen Beschuss der Ortschaft Kalinowo wurde eine Hochspannungsleitung beschädigt, dadurch hatten mehr als 50.000 Verbraucher in Lugansk, Altschewsk, Brjanka, Stachankow, Kirowsk, Perwomajsk mehrere Stunden lang keinen Strom. Außerdem wurden einige Häuser örtlicher Einwohner in der Klubnaja-Straße 3, 4, 5 und der Stachanow-Straße 39 beschädigt. Nur durch glücklichen Zufall gab es keine Opfer.

....

**Das ukrainische Kommando stationiert weiter Waffen und Technik in der Nähe von Wohnhäusern und Infrastrukturobjekten** in von Kiew kontrollierten Ortschaften und gefährdet so das Leben friedlicher Bürger.

So haben OSZE-Beobachter 4 122mm-Haubitzen „Gwosdika“ in Nowoajdar und zwei Schützenpanzerwagen in Gejewka festgestellt. Außerdem haben die Beobachter in Verletzung der Abzugslinien drei Mehrfachraketenwerfer „Uragan“ nicht weit von Rubeshnoje entdeckt. Außerdem wurden beim Monitoring der festgelegten Abzugsorte für schwere Waffen der ukrainischen Streitkräfte von der OSZE folgende Waffen als fehlend festgestellt:

20 Mehrfachraketenwerfer „Grad“;

28 122mm-Haubitzen „Gwosdika“;

11 122mm-Haubitzen D-30;

12 152mm-Haubitzen D-20;

10 152mm-Haubitzen „Giazint-B“;

15 152mm-Haubitzen „Akazija“;

35 Panzer T-72;

44 120mm-Mörser „Nona-C“. ....

Die Volksmiliz der LVR ihrerseits spielt eine entscheidende Rolle bei der Gewährleistung von Sicherheit und Schutz der Bürger der Republik, sie hält die Minsker Vereinbarungen streng ein und geht nicht auf Provokationen von Seiten der Ukraine ein.

**In der letzten Woche haben Vertreter der Volksmiliz der LVR einem Lugansker Kinderheim humanitäre Hilfe geleistet, sowie gezielte Hilfe an bedürftige Bürger der Republik.** Zu den Lieferungen gehörten Lebensmittelpakete, Hygienemittel mit einem Gesamtumfang von mehr als einer Tonne.

de.sputniknews.com: **US-Druck wirkt: Deutschland erhöht Nato-Budget – Linke protestiert**

US-Präsident Donald Trump und Richard Grenell, US-Botschafter in Berlin, haben bei jeder Gelegenheit darauf hingewiesen, dass Deutschland zu wenig Geld für seine Verteidigung ausgibt. Jetzt gibt die Bundesregierung nach. Die Ausgaben steigen um die größte Summe seit Jahrzehnten.

Die USA ermahnen und Deutschland pariert: Bei der Nato ging die Meldung ein, dass Deutschland seine Verteidigungsausgaben auf 47,32 Milliarden Euro erhöht. Das meldet die Deutsche Presseagentur. Dies entspreche einem Plus von mehr als fünf Milliarden Euro im Vergleich zu 2018 und einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Höhe von 1,35 Prozent. Einen solchen Anstieg habe es seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr gegeben.

Im kommenden Jahr sollen die Ausgaben auf 49,67 Milliarden steigen. Das entspreche derzeit einem Anteil von 1,38 Prozent des Bruttoinlandproduktes. Die Agentur vermutet, dass die Bundesregierung damit die Wogen im Nato-internen Streit etwas glätten wolle. Allerdings fordern die USA, allen voran Präsident Trump, zwei Prozent des Bruttoinlandproduktes ihrer Mitgliedsstaaten.

Protest gibt es von der Partei Die Linke: „Die Bundesregierung muss endlich aufhören, den Aufrüstungsforderungen von US-Präsident Donald Trump hinterherzudackeln. Jede

verpulverte Milliarde im Militär fehlt bei der Bekämpfung von Kinderarmut, im Gesundheitssystem und bei der Bildung“, erklärt Sevim Dagdelen, stellvertretende Vorsitzende und abrüstungspolitische Sprecherin.

Sie kritisiert weiter: „Die Nato-Mitgliedsstaaten geben bereits heute fast eine Billion US-Dollar für Rüstung und Militär aus, das ist mehr als das 15-fache des Wehretats Russlands.“ Sollte die Bundesregierung am Zwei-Prozent-Aufrüstungsziel festhalten, werde der deutsche Militärhaushalt auf 85 Milliarden Euro jährlich ansteigen. Das sei unverantwortlich und diene einzig der Profitsteigerung der Rüstungskonzerne.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32498/66/324986635.jpg>

de.sputniknews.com: **Russland und Serbien kündigen gemeinsame Militärübungen an**  
Alexander Schurawljos, der Befehlshaber des Militärbezirks West der Russischen Föderation, hat Serbien besucht und sich dort mit hochrangigen serbischen Militärs getroffen. Es ging um die Vorbereitung des bevorstehenden russisch-serbischen Manövers mit Kampfschießen. Dies teilt die Pressestelle des Militärbezirks West mit.

Alexander Schurawljos habe sich mit seinem serbischen Amtskollegen, Alexandar Vulin, und dem Chef des serbischen Generalstabs, Generalleutnant Milan Mojsilovic, getroffen. Das gemeinsame Manöver beider Länder, das sie thematisiert hätten, solle in der zweiten Jahreshälfte 2019 in Russland abgehalten werden, heißt es in der Pressemitteilung.

Darüber hinaus habe Alexander Schurawljos zusammen mit dem Generalleutnant Miloslav Simovic, dem Kommandeur der Landstreitkräfte Serbiens, das Ausbildungszentrum „Süd“ besucht. „Auf dem Übungsgelände sind die taktischen Handlungen von Soldaten der dritten Brigade des Heeres und der gemischten Artillerie-Brigade demonstriert worden“, besagt die Mitteilung des Militärbezirks West.

Russlands Präsident Wladimir Putin war am 17. Januar zu einem Besuch in der serbischen Hauptstadt Belgrad eingetroffen. Bei den Verhandlungen mit dem serbischen Präsidenten Alexandar Vučić hatte er den gegenwärtigen Stand und die Perspektiven der bilateralen Beziehungen sowie eine Reihe von Wirtschaftsfragen besprochen, darunter auch die mögliche Verlegung einer der Stränge der Gaspipeline Turkish Stream durch Serbien.

de.sputniknews.com: **Serbiens Verteidigungsminister warnt EU und Nato vor Kosovo- Provokationen**

Der Anspruch der Führung der selbsterklärten Republik Kosovo auf ein Gebiet in Zentralserbien ist laut dem serbischen Verteidigungsminister Aleksandar Vulin eine Provokation, die zu einem Konflikt führen könnte.

Wie der Parlamentsvorsitzende der selbsterklärten Republik und Ex-Chef des Nachrichtendienstes der „Befreiungsarmee des Kosovo“ (UÇK), Kadri Veseli, am Donnerstag

erklärt hatte, sei die südserbische Hauptstadt Niš früher (in den vergangenen Jahrhunderten – Anm. d. Red.) mehrheitlich von Albanern bewohnt worden, die von den Serben dann „gewaltsam vertrieben wurden“. Veseli forderte auch, ein Tribunal für „serbische Verbrechen“ einzurichten.

Vulin sagte dazu: „Ich muss Europa, die EU und die Nato, vor allem aber KFOR (die 1999 nach Beendigung des Kosovokrieges aufgestellte multinationale militärische Formation unter der Nato-Führung – Anm. d. Red.) darauf hinweisen, dass ein Waffengerassel für uns unannehmbar ist, ebenso wie die Äußerung einer Person, etwa des nicht verurteilten Kriegsverbrechers Kadri Veseli, über Niš als ‚albanische Stadt‘ und über andere Städte, die man einnehmen will, indem man zu Krieg und Leid aufruft“, zitiert das Verteidigungsministerium Vulin.

„Wir dürfen nicht zulassen, dass nicht verurteilte Terroristen, die sich der Strafe entziehen, Konflikte auf dem Balkan entfachen. Die Verantwortung lastet nicht mehr auf uns, den Serben und Serbien, sondern auf der EU, der Nato und auf der ganzen Welt, und läuft darauf hinaus, das Projekt ‚Großserbien‘ zu stoppen“, betonte der serbische Verteidigungsminister.

Kosovo-Präsident Hashim Thaçi und sein einflussreicher Onkel Azem Syla, Premier Ramush Haradinaj, Vizepremier Fatmir Limaj, Parlamentschef Kadri Veseli und der Abgeordnete und Bruder des Premiers, Daut Haradinaj, die bei den Parlamentswahlen im Juni 2017 im Kosovo gesiegt hatten, sind Veteranen der „Befreiungsarmee des Kosovo“ und werden von der Internationalen Staatsanwaltschaft in Den Haag als mutmaßliche Schuldige betrachtet.

Im Jahr 1999 hatte die bewaffnete Konfrontation zwischen den albanischen Separatisten von der „Befreiungsarmee des Kosovo“ und Armee- und Polizeiangehörigen Serbiens zu Bombardierungen Jugoslawiens (das damals aus Serbien und Montenegro bestand) durch die Nato geführt. Die Kosovo-albanischen Strukturen in Priština riefen im Februar 2008 einseitig die Unabhängigkeit von Serbien aus. Serbien, Russland, China, Israel, der Iran, Spanien, Griechenland und einige andere Staaten haben die selbsterklärte Republik nicht anerkannt.



<https://cdn.de.sputniknews.com/images/32498/93/324989358.jpg>

**abends:**

de.sputniknews.com: **Russen bauen erste driftende Eisbeobachtungsstation für Arktis**

Russische Wissenschaftler haben mit der Entwicklung der ersten driftenden Eisbeobachtungsstation im Land für die Arbeit in der Arktis begonnen. Dies melden russische Medien unter Verweis auf den Pressedienst des Schirchow-Instituts für Meereskunde bei der Russischen Akademie der Wissenschaften.

Diese Erfindung wird es ermöglichen, die Lage auf dem Eis zu kontrollieren, klimatische Veränderungen zu verfolgen und die Sicherheit der Schifffahrt zu gewährleisten.

Nach Angaben der Agentur sind die Entwicklungen für das Monitoring von Natur- und

Anthropogen-Anomalien sowie zur Vorbeugung von technischen und Natur-Katastrophen nötig. Während der langen Polarnacht wird der Apparat im automatischen Modus die Geschwindigkeit der Strömung im Ozean, den Salzgehalt des Wassers sowie die Eistemperatur und Eisdichte messen. Die erhaltenen Daten werden über die Satelliten-Kommunikationsverbindung zur weiteren Analyse übertragen.

Die Station wird unter anderem auch auf dem Nördlichen Seeweg funktionieren. Laut den neuen Mai-Erlässen des russischen Präsidenten Wladimir Putin ist geplant, den Umfang der Beförderungen über den Nördlichen Seeweg bis auf 80 Millionen Tonnen zu vergrößern. Dank dieser Station werden die Fahrten über die Trassen des Nördlichen Seeweges sicherer. Darüber hinaus werde diese Entwicklung dabei helfen, die natürliche biologische Vielfalt in der Arktis aufrechtzuerhalten.

Es wird betont, dass es in Russland noch keine driftenden Eisbeobachtungsstationen gibt. Sie werden von der Europäischen Union, Japan, Kanada und den USA genutzt. Insgesamt existieren über 100 Stationen dieser Art.